

**Am Antikriegstag gehen wir auf die Straße.
Wir fordern:**

- **Friedens- und Entwicklungspolitik statt Kriegspolitik**
- **Abzug aller Soldaten aus Auslandseinsätzen**
- **Reduzierung der Bundeswehr bis hin zu ihrer Auflösung**
- **Verbot von Waffenexporten, kein Umschlag von Waffen und Munition über den Hamburger Hafen**
- **Umbau der Rüstungsindustrie für zivile Produktion**
- **Keine Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr**
- **Keine Modernisierung, sondern Verschrottung der Atombomben in Büchel**
- **Kündigung der Verträge aller US-amerikanischen Stützpunkte und ihre Schließung**
- **Auflösung der NATO**
- **Offene Grenzen und Unterstützung für Flüchtlinge**
- **Bleiberecht für die Gruppe Lampedusa in Hamburg**
- **Ausstieg aus den Verhandlungen über TTIP und TISA, keine Ratifizierung von CETA**



**Hamburger Bündnis zum Antikriegstag 2015:
Gemeinsam für den Frieden!**

Gegen Krieg und Militarisierung!

JA! zu Abrüstung, Rüstungskonversion und ziviler Konfliktbearbeitung!

NEIN! zu Kriegseinsätzen, Hochrüstung und Waffenexporten!

JA! zu Frieden mit Russland!

NEIN! zu Feindbildern und neuem Kalten Krieg!

JA! zur Solidarität mit Flüchtlingen und zum Grundrecht auf Asyl!

NEIN! zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

JA! zu UMfairTEILUNG und einer neuen Weltwirtschaftsordnung!

NEIN! zu TTIP, CETA und TISA!

Wir stellen uns der Offensive des Kapitals entgegen, in der der weltweite Kampf um Einflussphären, um Rohstoffe und Märkte mit allen Mitteln verschärft wird - durch Militäreinsätze, Drohnenmorde, Aufrüstung, Schaffung von Feindbildern, Dämonisierung Russlands, sogenannten Freihandel, Sozialabbau und Lohndumping. Dem setzen wir entgegen: Eine Welt des Friedens und der Freiheit ist möglich.

1. September - 17:00 Kriegsklotz am Dammtor

17:00 | Auftaktkundgebung und Demonstration

19:00 | Abschlusskundgebung Mönckebergstr. / Kurze Mühren

Es sprechen u. a. Ilse Jacobs (VVN/BdA), Wolfgang Gehrcke (MdB DIE LINKE), Kai Ehlers (Publizist) und Olaf Harms (ver.di-Hamburg)

Antikriegstag 2015: Gegen Krieg und Militarisierung

Am 1. September 1939 stürzte das faschistische Deutschland die Welt in den Zweiten Weltkrieg, den bis heute schrecklichsten Krieg in der Geschichte der Menschheit - mit beispiellosen Kriegsverbrechen, 55 Millionen Toten und unermesslichem Leid. Danach lautete die Forderung: Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen.

70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus findet diese antifaschistische Lehre in der herrschenden Politik keine Berücksichtigung mehr. Seit Mitte der 1990er Jahre legen die Verteidigungspolitischen Richtlinien fest: Im weltweiten Ringen um Einflussphären, Rohstoffe und Märkte sollen für die Interessen deutscher Konzerne und Großmachtträume deutsche Soldaten eingesetzt werden. Führende deutsche Politiker wie Bundespräsident Gauck, Kriegsministerin von der Leyen oder Außenminister Steinmeier wollen, dass Deutschland noch mehr "internationale Verantwortung" übernimmt. Dabei geht schon längst von deutschem Boden Krieg aus:

1. Deutschland und die EU versuchen, die Ukraine an sich zu binden. Dabei schrecken sie auch vor der Unterstützung von Faschisten nicht zurück. Damit wurde das Land in den Bürgerkrieg getrieben. Jetzt wird dieser Konflikt dazu genutzt, Bedrohungsängste zu schüren und Russland als Feind zu dämonisieren. Die Rüstungsausgaben sollen drastisch erhöht werden. Die NATO betreibt mit Waffenlieferungen, Truppenstationierungen und Manövern die militärische Eskalation gegen Russland.

2. Schon heute sind deutsche Soldaten an zahlreichen Kriegen beteiligt: In Afghanistan, in Mali, vor dem Horn von Afrika, im Mittelmeer ... Neben den unmittelbaren Folgen - Tote, Verletzte und Zerstörung - bedeuten diese Kriegseinsätze, dass die Konflikte nicht gelöst, sondern angeheizt werden. Auch die US-geführten Kriege im Irak und in Libyen destabilisier(t)en den Nahen Osten, in Syrien wurden im Kampf gegen das Assad-Regime islamistische Terrorgruppen unterstützt. Damit fördert der Westen den internationalen Terrorismus, der ihm dann wieder als Begründung zu militärischem Eingreifen dient. Gesellschaftliche Entwicklung und eine Lebensperspektive für die dort lebenden Menschen ist so nicht erreichbar. Wo sich, wie in Rojava, die Menschen selbst eine Lebensperspektive zu geben versuchen, werden sie dem IS preisgegeben - durch das Grenzregime des NATO-Partners Türkei, durch Waffenlieferungen der "strategischen Partner" Saudi-Arabien und Katar und durch direkte Angriffe durch die türkische Armee. Die Bundesregierung ist durch die Stationierung von Bundeswehrsoldaten an der deutsch-türkischen Grenze involviert.

3. Deutschland ist zurzeit der weltweit viertgrößte Waffenexporteur. Mit Waffenexporten auch in Krisengebiete verdienen deutsche Waffenschmieden Milliarden. Auch der Verkauf von Kleinwaffen und Munition ist einträglich und todbringend. Über den Hamburger Hafen werden jedes Jahr Waffen für hunderte Millionen Euro und alleine ca. 1000 Container Munition verschifft - Hamburg ist damit das Tor zum Tod.

4. Die Bundeswehr soll weiter aufgerüstet werden, u. a. ist die Anschaffung von bewaffneten Drohnen geplant, um die Kriegseinsätze noch weiter zu effektivieren. Diese Mordinstrumente sollen in Jagel in Schleswig-Holstein stationiert werden.

5. Deutschland toleriert, dass die US-amerikanische Drohnenkriegsführung von deutschem Boden aus gesteuert wird. Bislang wurden über 3000 Menschen durch Drohnen getötet, darunter zahlreiche Zivilisten, Frauen und Kinder. Deutschland macht sich durch Beihilfe mitschuldig.

Auch die US-Kriegseinsätze in Afghanistan, im Irak und anderswo konnten auf die Stützpunkte in Deutschland zurückgreifen, sodass Deutschland dort - selbst wenn es sich nicht mit eigenen Soldaten beteiligte - kriegführende Partei war und ist.

6. Die Bundesregierung betreibt zusammen mit EU und USA die Zementierung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung. Wenn Freihandelsabkommen wie CETA oder TTIP in Kraft treten, werden demokratische Rechte und soziale Besitzstände zugunsten von Konzerninteressen gefährdet. Das ökonomische Gewicht der beteiligten Länder würde erheblich wachsen und die Verelendung in weiten Teilen der Welt würde fortschreiten.

7. An den europäischen Grenzen wird Krieg gegen die Opfer dieser Politik geführt. Die Flüchtlinge vor Kriegen, Umweltzerstörung, Hunger und Verelendung sollen von Europa ferngehalten werden. Im Mittelmeer ertrinken jährlich Tausende vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit. Wenn von der Regierung über Zuwanderung geredet wird, geht es nicht um Hilfe für die Flüchtlinge, sondern es wird einerseits an rassistische und fremdenfeindliche Vorurteile angeknüpft und andererseits sollen qualifizierte Arbeitskräfte für den europäischen Arbeitsmarkt aufgenommen werden.

1. September 2015 - 17:00 Uhr - Kriegsklotz am Dammtorwall